

Stadt Merseburg

Der Oberbürgermeister

Niederschrift

Merseburg, 10.02.2026

über die 11. Sitzung Ausschuss für Stadtentwicklung,
Bauen, Umwelt und Wirtschaft
öffentlicher Teil

Die Sitzung fand statt:

Datum:	10.02.2026	Ort:	06217 Merseburg
Beginn:	18:02 Uhr	Straße:	Burgstraße 1
Ende:	20:13 Uhr	Raum:	Sitzungssaal im Alten Rathaus

Anwesende Mitglieder:

Matthias Kreisel	Ausschussvorsitzender	
Rüdiger Abitzsch	Mitglied	
Dr. Steffen Eichner	Mitglied	
Michael Finger	Mitglied	
Holm Kluknavsky	Mitglied	
Peter Kruse	Mitglied	
Prof. Dr. habil. Wolfgang Merbach	Mitglied	
Thomas Merk	Mitglied	
Stefan Plack	Mitglied	
Hubertus Steinki	Mitglied	
Dr. Lutz Kuhne	Mitglied	in Vertretung von Eichelmann, Moritz

Vertreten werden:

Moritz Eichelmann	Mitglied	wurde vertreten durch Dr. Kuhne, Lutz
-------------------	----------	--

Anwesende der Verwaltung:

Carla Büttner	Sachbearbeiterin Sitzungsdienst
Jana Skládal	Leiterin Rechtsamt
André Herrmann	Sachbearbeiter Straßen- und Grünflächenamt
Jennifer Hübner	Wirtschaftsförderung
Diana Pfeifer	Sachgebietsleiterin Stadtentwicklungsamt
Sebastian Müller-Bahr	Oberbürgermeister
Sirii Drechsel	Leiterin Amt für Straßen und Grünflächen
Ulrike Findeisen	Leiterin Geschäftsbereich III

Weitere Gäste:

Guido Lukesch-Heinecke	Ortsbürgermeister
Tino Haring	Mitglied des Stadtrats
Marcus Turré	Mitglied des Stadtrats

Weitere Bürgerinnen und Bürger.

Tagesordnung

TOP Thema

Öffentliche Sitzung

1. Beginn der Sitzung

1.1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

1.2 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Bestätigung der Tagesordnung

1.3 Bestätigung der öffentlichen Niederschrift der letzten Sitzung

2. Beratungen in öffentlicher Sitzung

2.1 Einwohnerfragestunde

2.2 Vorstellung Brühl - Hotelneubau
BE: Herr Hampel

2.3 Beschluss über die Billigung des Vorentwurfes des Bebauungsplanes Nr. 65 - " Industriegebiet Merseburg - Süd-West" (Leuna III) und die frühzeitige Beteiligung der Behörden und der Öffentlichkeit
004/BV/26

2.4 Mitgliedschaft im Verband der Friedhofsverwalter Deutschlands e.V.
012/BV/26

2.5 Antrag der AfD-Fraktion 008/AN/25 - Überprüfung des Flächennutzungsplanes

2.6 Vorstellung Rosengarten
BE: Straßen- und Grünflächenamt

2.7 Informationen über geplante Vergabeverfahren - Quartal I 2026

2.8 Aktuelle Themen aus der Wirtschaftsförderung

2.9 Antrag der AfD-Fraktion 001/AN/26 - Einrichtung einer Einbahnstraße im Bergmannsring

2.10 Informationen/Anfragen und Anregungen der Ausschussmitglieder

2.11 Informationen der Stadtverwaltung

2.12 Schließung der Sitzung

Protokolltext

Öffentlicher Teil

TOP 1. Beginn der Sitzung

TOP 1.1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Kreisel eröffnet die 11. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen, Umwelt und Wirtschaft um 18.02 Uhr. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Von 11 Stimmberechtigten sind 11 anwesend. Er begrüßt alle Anwesenden.

TOP 1.2 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Bestätigung der Tagesordnung

Herr Kreisel fragt, ob es Änderungsbedarf geben würde. Dies ist nicht der Fall. Er stellt die vorliegende Tagesordnung zur Abstimmung.

Abstimmung

Stimmberechtigt	11
Anwesend	11
Befangen	0
Ja-Stimmen	11
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	0

Die Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

TOP 1.3 Bestätigung der öffentlichen Niederschrift der letzten Sitzung

Herr Kreisel fragt, ob es Fragen oder Änderungswünsche zur Niederschrift vom 11.11.2025 geben würde. Er erteilt Herrn Plack das Wort.

Herr Plack kritisiert, dass eine Aussage von Herrn Drießen im Protokoll fehle. Es würde sich um eine Aussage in Bezug auf das Thema Solarpark handeln. Dort hätte er von 200 Metern geredet und später seine Aussage revidiert.

Der Sitzungsdienst werde dies kontrollieren und gegebenenfalls korrigieren.

Die Niederschrift der 10. Sitzung vom 11.11.2025 wird zur Abstimmung gestellt.

Abstimmung

Stimmberechtigt	11
Anwesend	11
Befangen	0
Ja-Stimmen	9
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	2

Die Niederschrift wird einstimmig bestätigt.

TOP 2. Beratungen in öffentlicher Sitzung

TOP 2.1 Einwohnerfragestunde

Herr Kreisel eröffnet die Einwohnerfragestunde um 18.05 Uhr.

Einwohner 1 fragt nach den Ausgleichspflanzungen zu den gefälltten Bäumen an der ehemaligen Juri-Gagarin-Schule. Er möchte wissen, wann die Bepflanzungen durchgeführt werden.

Frau Findeisen antwortet, dass diese Frage bereits im OGA-Ausschuss beantwortet worden sei. Es werde aber umgesetzt.

Frau Drechsel ergänzt, dass eine Fristverlängerung für die Bepflanzungsmaßnahme bis zum 30.04. gesetzt worden sei.

Einwohner 1 bedankt sich.

Herr Kreisel fragt, ob es weitere Fragen geben würde. Dies ist nicht der Fall. Er schließt die Einwohnerfragestunde um 18.07 Uhr.

TOP 2.2 Vorstellung Brühl - Hotelneubau

BE: Herr Hampel

Herr Kreisel eröffnet den Tagesordnungspunkt.

Herr Müller-Bahr stellt fest, dass Herr Hampel abgesagt habe, da die Parkplatzsituation noch nicht final geklärt sei. Der Tagesordnungspunkt werde auf der nächsten Sitzung erneut aufgerufen.

Herr Kreisel fragt, ob die Verwaltung dennoch etwas zum Thema berichten könne.

Herr Müller-Bahr bejaht und erläutert, dass es geplant gewesen sei, dass Herr Hampel zum ursprünglich geplanten Hotel auf der Fläche des Schotterparkplatzes berichte. Nach seiner Kenntnis, werde die Planung so fortgeführt, wie es im Rat vorgestellt wurde. Der alte Projektentwickler sei insolvent gegangen und es gebe nun einen neuen Projektentwickler, namens RTLL, der bereits bekannt sei durch den Bau von Rewe und Lidl. Dieser habe mit der B&B Hotelkette eine Einigung erzielen können. Es würde nur minimale Änderungen in der Durchführung geben. Die Verwaltung habe ihm bereits die Parkplatzthematik mit auf den Weg gegeben. Es müsse sichergestellt werden, dass ausreichend Parkplätze vorhanden seien, da der öffentliche Parkplatz wegfalle und der Bedarf für Parkplätze durch die Übernachtungsgäste steigen würde. Diese Problematik sei noch nicht endgültig geklärt und daher hätte er heute nicht vorstellen können, werde dies aber in einer der folgenden Sitzungen nachholen.

Herr Kreisel bedankt sich für die Informationen und schließt den Tagesordnungspunkt.

TOP 2.3 Beschluss über die Billigung des Vorentwurfes des Bebauungsplanes Nr. 65 - "Industriegebiet Merseburg - Süd-West" (Leuna III) und die frühzeitige Beteiligung der Behörden und der Öffentlichkeit

Herr Haring, Herr Drehmann, Frau Heinrich und Herr Vogt stellen die Präsentation vor. Die Präsentation liegt als Anlage bei.

Herr Kreisel bedankt sich für die Präsentation und fragt, ob die Ausschussmitglieder Fragen oder Anmerkungen haben. Er erteilt Herrn Dr. Eichner das Wort.

Herr Dr. Eichner bedankt sich und betont die Wichtigkeit des B-Plans. Dieser wäre zukunfts-fähig und würde die Grundlage für chemische Anlagen schaffen, die den Recycling- und Bio-chemiegedanken aufgreifen würden. Prinzipiell unterstütze er den Entwurf. Er fragt, was mit dem Feuchtbiotop an der B91, in dem viele Erdkröten leben würden, werden solle. Weiterhin

fragt er, warum es einer eigenen Kläranlage bedarf, da sich in unmittelbarer Nähe die Zentrale Abwasserbehandlungsanlage befinden würde.

Herr Drehmann antwortet auf die zweite Frage, dass die dort anfallenden Schmutzwasser in einer zentralen Kläranlage aufbereitet werden sollen. Dies solle außerhalb des Gebietes ablaufen. Dafür gebe es bereits Untersuchungen, allerdings würden die Ergebnisse noch nicht vorliegen. Grundsätzlich würde man aber davon ausgehen, dass das Schmutzwasser entsorgbar sei. Besondere Schmutzfrachten könne man nicht vorhersehen. Da sei es die Aufgabe der Betriebe, die sich ansiedeln, das Schmutzwasser dann entsprechend vorbehandeln zu lassen. In Bezug auf das Niederschlagswasser im Havariefall führt er aus, dass dieses vor der Einleitung durch entsprechende Vorrichtungen vorgeklärt werden müsse. Wenn das Niederschlagswasserkonzept abschließend bearbeitet wurde, würde es wahrscheinlich in den Grünflächen noch Flächenbedarf geben. Prinzipiell werde aber davon ausgegangen, dass das Schmutzwasser außerhalb des Gebietes behandelt werde.

Zur zweiten Frage verweist er an Frau Heinrich.

Frau Heinrich antwortet, dass alle Biotope erfasst worden seien. Nach Möglichkeit würden im Plan alle bestehenden Biotope erhalten werden. Wenn das nicht möglich sein sollte, würden Ersatzlebensräume geschaffen werden. Sie verweist weiterhin auf die umfassende Erfassung im Fachgutachten. Es sollen auch im Gebiet neue Grünflächen geschaffen werden, die als Ersatzlebensräume dienen können. Das Ziel sei die Erhaltung der Biotope, wenn das nicht möglich sein sollte, sollen Ersatzbiotope bestenfalls im Gebiet geschaffen werden.

Frau Pfeifer erläutert, dass der Kiessee nicht Teil des Bebauungsplans sei. Dieser würde außerhalb des Geltungsbereichs liegen und sei damit auch nicht Teil des Artenschutzgutachtens.

Frau Pfeifer zeigt auf der Karte wo sich dieser befinden würde.

Herr Kreisel fragt, ob es weitere Fragen geben würde. Er stellt die Frage, was es bedeuten würde, dass der Geltungsbereich geändert sei.

Herr Drehmann antwortet, dass der Geltungsbereich geschärft wurde. Im Norden sei vorher mehr Gebiet im Geltungsbereich enthalten gewesen, im Süden sei hingegen ein Teil dazu gekommen. Eine aktuelle Vermessungsunterlage für dieses Planwerk sei ausgearbeitet worden, hier seien auch Abstimmungen mit dem Kiesabbau erfolgt. Beispielsweise habe die Rahmenbetriebsplangrenze im Kiesabbau den Geltungsbereich beeinflusst, da Bauplanungsrecht der Kommune und Bergrecht sich nicht überlagern dürften.

Herr Kreisel fragt nach weiteren Wortmeldungen.

Frau Mißberger weist darauf hin, dass der Beunaer Graben aus der Zeit des Bergbaus stamme und derzeit nur noch ein kleines Rinnsal sei, das in die Geisel abfließe. In diesem Zusammenhang stellt sie die Frage, welche Auswirkungen eine mögliche Verlegung hätte und mit welchen zusätzlichen Wassermengen zu rechnen sei.

Herr Drehmann antwortet, dass die Geltungsbereichserweiterungen im Süden besonders sinnvoll gewesen seien, da dort am wenigsten Rücksicht auf Nachbarschaft genommen werden müsste.

Er zeigt auf der Karte den aktuellen Verlauf des Beunaer Grabens.

Herr Drehmann erläutert weiter, dass die Frage des Überbauens eines solchen Gewässers eine problematische Sache sei. Auch wenn das Gewässer quasi ausgetrocknet sei, sei für den Havariefall wichtig, dass nichts hineinfließen könne. Wenn man ein Gewässer überbauen würde, würde ab einem gewissen Punkt ein wasserrechtliches Verfahren eingeleitet. Wenn

man dies sowieso machen müsse, könne man auch das Gewässer verlegen, dies sei kein größeres Verfahren. Das wasserrechtliche Verfahren sei dann im Rahmen der Erschließungsvorbereitungen zu führen.

Herr Kreisel fragt nach weiteren Redebeiträgen. Dies ist nicht der Fall. Er erläutert, dass die Abstimmung bedeute, dass der Vorentwurf gebilligt werde. Damit sei eine frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit möglich. Er bittet um Abstimmung.

Abstimmung

Stimmberechtigt	11
Anwesend	11
Befangen	0
Ja-Stimmen	7
Nein-Stimmen	4
Enthaltungen	0

Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich die Beschlussfassung.

TOP 2.4 Mitgliedschaft im Verband der Friedhofsverwalter Deutschlands e.V.

Frau Drechsel erläutert die Beschlussvorlage. Sie berichtet, dass dies ein deutschlandweiter Verband sei. Dieser sei sehr aktiv im Austausch zur Friedhofskultur, es würde Veranstaltungen und Schulungen geben. Die entsprechende Zeitschrift würde die Stadt bereits beziehen und mit einer Mitgliedschaft sei diese deutlich günstiger. Die Mitgliedschaft würde ein Mehrwert für die Stadt Merseburg werden.

Herr Kreisel fragt, ob es Fragen geben würde.

Herr Plack fragt, ob es sich um eine monatliche oder jährliche Zahlung handeln würde.

Frau Drechsel antwortet, dass es sich um eine jährliche Zahlung handeln würde.

Herr Kreisel bittet um Abstimmung.

Abstimmung

Stimmberechtigt	11
Anwesend	11
Befangen	0
Ja-Stimmen	11
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	0

Der Ausschuss empfiehlt einstimmig die Beschlussfassung.

TOP 2.5 Antrag der AfD-Fraktion 008/AN/25 - Überprüfung des Flächennutzungsplanes

Herr Plack bringt für die AfD-Fraktion einen Änderungsantrag dazu ein. Der Antrag lautet nun:

Thema: Überprüfung der Flächennutzung.

Antragstext: Der Stadtrat möge beschließen:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, dahingehend zu prüfen,

- ob und in welchem Umfang die Errichtung von Photovoltaik-Freiflächenanlagen (PV-Feldanlagen) in unmittelbarer Nähe zu bestehenden oder geplanten Wohngebieten rechtlich gesteuert oder eingeschränkt werden kann,

- welche planungsrechtlichen Instrumente unter Beachtung der bestehenden Bodenrichtwerte und Festsetzung in Bebauungsplänen z.B. Abstandsregelungen hier zur Verfügung stehen.

Die Verwaltung wird gebeten, hierzu eine schriftliche Bewertung abzugeben unter Berücksichtigung des bestehenden Bebauungsplanes von 1993.

Herr Kreisel erläutert, dass dies eine Anfrage an die Verwaltung sei und die Verwaltung bereits zugestimmt habe, diese zu beantworten. Daher sei keine Abstimmung nötig. Die AfD-Fraktion stimmt diesem zu.

TOP 2.6 Vorstellung Rosengarten BE: Straßen- und Grünflächenamt

Herr Herrmann stellt die Thematik anhand einer Präsentation vor. Diese liegt als Anlage bei.

Herr Kreisel bedankt sich bei Herrn Herrmann und fragt nach Fragen und Redebeiträgen.

Herr Dr. Eichner fragt, ob die Grünflächen insektenfreundlich gestaltet werden sollen.

Herr Herrmann antwortet, dass die hellgrünen Flächen auf der Karte die Rasenflächen werden sollen. Pflanzflächen seien die Bereiche, die sich farblich abheben würden. Es sollen wieder Rosenbeete geschaffen werden, aber in Kombination mit anderen Sträuchern und Stauden, die auch bienenfreundlich seien.

Herr Dr. Eichner erläutert, er habe weniger an die Rosenbeete gedacht, sondern daran, statt einem Kurzschnittrasen eine insektenfreundliche Wiese mit Blumen zu schaffen.

Herr Herrmann antwortet, dass das Thema Blühwiese an anderer Stelle geplant sei.

Herr Dr. Eichner fragt, warum dies hier nicht möglich sei.

Herr Herrmann antwortet, dass es bei dieser Wiese um den Aufenthaltscharakter gehen würde. Eine Blühwiese dürfe man nicht betreten, aufgrund des Insektenreichtums. Hier an der Stelle wolle man den Aufenthaltscharakter stärken und Blühwiesen dort schaffen, wo keine hohe Frequentierung herrschen würde.

Frau Drechsel antwortet, dass sie Blühwiesen auch sehr befürworten würde. Allerdings solle dort Scherrasen angelegt werden. Es würde darauf ankommen, wie oft dieser geschert werde. Man wolle gerade in den Mittelbereichen erreichen, dass die Gräser höher wachsen können und weniger gemäht werden. Dadurch habe man auch einen geringeren Pflegeaufwand. Blühwiesen seien aber nicht gewollt, diese müsste man auch explizit säen.

Herr Dr. Eichner bemerkt, dass Beete bereits da seien. Dort könne man heimische Pflanzen und eine Blühwiese anlegen.

Frau Drechsel antwortet, dass die Verwaltung dies prüfen werde und wenn dies keine Mehrkosten erzeugen würde, könne sie sich vorstellen, eine der Flächen in eine Blühwiese umzuwandeln.

Herr Dr. Eichner bemerkt, dass man dort nicht in eine Kurzrasenfläche eingreifen müsse, um Insektenfreundlichkeit zu erreichen.

Herr Herrmann erläutert die Besonderheiten einer Blühwiese.

Herr Dr. Eichner erläutert, dass es an der Fachhochschule Anhalt gute entsprechende Saatgüter zu kaufen gebe.

Frau Drechsel bemerkt, dass sie den Lehrgang besucht hätten und sich aber dafür entschieden hätten, dies an diesem Ort nicht umzusetzen und den Aufenthaltscharakter zu betonen. Es werde dennoch, auch finanziell, geprüft und im nächsten SBUW-Ausschuss erläutert.

Herr Dr. Eichner entgegnet, dass die Umsetzung viel Geld kosten würde, dann solle diese auch zukunftsfähig und umweltfreundlich sein.

Frau Drechsel bedankt sich.

Herr Kreisel fragt nach weiteren Redebeiträgen. Er erteilt Herrn Dr. Kuhne das Wort.

Herr Dr. Kuhne erläutert, dass dieses Areal als Rosengarten bekannt sei und fragt, ob das Gebiet einen neuen Namen erhalten würde, da weniger Rosen vorhanden seien.

Herr Herrmann antwortet, dass die Pflanzflächen mit Rosen gestaltet werden sollen. Es würden aber nicht mehr 100% Rosen gepflanzt werden, sondern eine Kombination aus diesen und heimischen Gräsern und anderen Pflanzen. Das Hauptthema bleibe dennoch Rosen.

Herr Kreisel ergänzt, dass der überwiegende Anteil Rosen sei und daher das Areal auch den Namen Rosengarten verdient hätte.

Herr Herrmann bemerkt, dass das Thema Rosen immer noch Hauptbestandteil sei. Er habe sich auch informiert, welche alten Rosensorten sich bewährt hätten und diese würden wieder genutzt werden.

Herr Kreisel fragt, ob die kleineren runden Flächen auf der Karte die Beete seien.

Herr Herrmann bejaht dies. Die großen Flächen seien erhöht und die kleinen Beete seien ebenerdig.

Herr Kreisel bemerkt, dass die Fördermittel ja nicht nur auf das Rosengartenareal begrenzt seien und fragt, warum man das Geld nicht weitläufiger nutzen würde.

Frau Pfeifer antwortet, dass im Fördermittelbescheid das Gebiet klar gekennzeichnet sei. Dies sei das gezeigte Gebiet des Rosengartens. Wenn man das ändern wollen würde, müsse man beim Fördermittelgeber einen Änderungsantrag stellen.

Herr Kreisel fragt, ob es weitere Fragen gibt. Dies ist nicht der Fall.

TOP 2.7 Informationen über geplante Vergabeverfahren - Quartal I 2026

Herr Kreisel eröffnet den Tagesordnungspunkt und erteilt Frau Drechsel das Wort.

Frau Drechsel erläutert folgende geplante Vergabeverfahren des Straßen- und Grünflächenamtes für das erste Quartal 2026:

Sanierungsarbeiten im Stadtgebiet Gerichtsrain (Sanierungsmaßnahme als Aufwand aus Ergebnishaushalt)

Länge von ca. 150m

Baumaßnahme: Erneuerung Fahrbahnoberfläche im Gerichtsrain

Abschnitt: Vor dem Klausentor bis Bahnunterführung

Pflichtaufgabe mit Kosten lt. Schätzung von ca. 135.000 €

Weißenfelser Straße, stadtauswärts (Sanierungsmaßnahme als Aufwand aus Ergebnishaushalt)

Länge ca. 150m

Baumaßnahme: Deckensanierung Weißenfelder Straße
Abschnitt zwischen Kreuzung B181 und Ampel Nulandtplatz, stadtauswärts
Pflichtaufgabe mit Kosten lt. Schätzung von ca. 250.000 €
Zusätzlich ist die Umleitungsbeschilderung noch zu berücksichtigen.

Kreuzung Fischweg (Sanierungsmaßnahme als Aufwand aus Ergebnishaushalt)
Baumaßnahme: Asphaltdeckschichterneuerung Fischweg zwischen Einfahrt JMW Merseburg Immobilien GmbH und der L172
Pflichtaufgabe mit Kosten lt. Schätzung von ca. 70.000 €

Ausstattung, Reparatur und Wäsche von Arbeitskleidung der handwerklichen Beschäftigten im Amt 60
Kostenschätzung: 90.000 €, Laufzeit 3 Jahre

Kauf eines LKW (Ersatzbeschaffung nach HH-Vorgriff)
Kostenschätzung: 200.000 €

Baumpflegearbeiten
Kostenschätzung: 30.000 €

Leasing einer Kehrmaschine (Ersatzleasing)
Kostenschätzung: zw. 100.000 und 130.000 €
Laufzeit: 4 Jahre

Herr Kreisel bedankt sich und fragt nach Anmerkungen. Er erläutert, dass dieser Tagesordnungspunkt geschaffen wurde, da nach der Ausschreibung durch die Verwaltung keine Mitbestimmung durch den Rat mehr möglich sei. So seien die Räte frühzeitig über geplante Vergabeverfahren informiert.

Frau Pfeifer erläutert die geplanten Vergabeverfahren des Stadtentwicklungsamts:

Verkehrs- und Parkraumkonzept für die Innenstadt
Vorläufigen Bewilligungsbescheid bereits erhalten

Integriertes Vorreiterkonzept
Ziel: Klimaschutzstrategien entwickeln und Klimaschutzmaßnahmen definieren
Bereits Bewilligungsbescheid erhalten

Beide Projekte würden eine Förderung von 90% erhalten, seien im Haushalt geplant und genehmigt wurden.

Herr Kreisel bedankt sich und fragt nach Fragen oder Anmerkungen. Dies ist nicht der Fall.

TOP 2.8 Aktuelle Themen aus der Wirtschaftsförderung

Frau Hübner erläutert den Tagesordnungspunkt anhand einer Präsentation. Diese liegt als Anlage bei.

Herr Kreisel bedankt sich und fragt, ob es Anmerkungen gibt. Er fragt, ob es möglich sei, dass in der Zukunft nicht nur die Wirtschaftsförderung in Bezug auf die Innenstadt und den Markt, sondern das Thema Wirtschaft in Merseburg allgemeiner vorgestellt werde.

Frau Hübner antwortet, dass der Bereich Wirtschaftsförderung sich aktuell hauptsächlich als City-Management verstehe und Schwerpunkt auf die Innenstadt gelegt wurde. Sie verweist auf das MITZ (Merseburger Innovations- und Technologiezentrum) und betont, dass sie in engem Austausch stehen würden und sich bei größeren Projekten dort Unterstützung holen würden.

Herr Müller-Bahr bemerkt, dass die Unterteilung des Bereichs Wirtschaftsförderung früher anders gewesen sei. Der Schwerpunkt Innenstadt und Markt sei aktuell dringend notwendig. Frau Hübner sei für den Innenstadtbereich zuständig, aber dennoch Ansprechpartnerin für Nahversorgungseinrichtungen, Gewerbeansiedlungen, Freiberufler usw. Für die Ausführung sei dann das MITZ zuständig.

Herr Kreisel wünscht sich, dass die Verwaltung in einer der nächsten Sitzungen nicht nur über die Wirtschaftsförderung der Innenstadt, sondern allgemeiner informiert.

Herr Finger erläutert, dass es die Hoffnung gegeben habe, dass der Markt auf dem Entenplan besser funktionieren würde. Dies sei nicht eingetreten. Er plädiert dafür, den Markt wieder auf dem Markt stattfinden zu lassen. Laut Herrn Finger würde es dafür auch Interessenten geben. Weiterhin regt er an, dass man z.B. thematische Märkte veranstalten würde, um den Markt wieder lukrativer zu gestalten.

Herr Müller-Bahr bemerkt, dass er nur von Händlern wisse, die auf dem Entenplan und nicht auf dem Markt verkaufen wollen würden. All diese Fragen sollen in dem Marktkonzept erörtert werden. Herr Pischl habe bereits verschiedene andere Märkte besucht, um diese Erfahrungen mit einbringen zu können. Es habe auch insbesondere mit der Marktgilde zu tun, dass der Markt hier nicht funktionieren würde. Man gehe diesen Weg aber nicht alleine, sondern gemeinsam mit sechs anderen Kommunen. Es werde noch auf den Fördermittelbescheid gewartet und dann könne es losgehen.

Herr Kreisel bringt an, dass man zur Thematik des Marktes auch die Arbeitsgruppe zur Gestaltung des Marktes wieder aktivieren könne.

Herr Müller-Bahr antwortet, dass sich die Verwaltung darum kümmern werde und noch einmal bei den entsprechenden Personen nachfragen werde.

Herr Kreisel fragt nach weiteren Fragen oder Anmerkungen. Dies ist nicht der Fall.

TOP 2.9 Antrag der AfD-Fraktion 001/AN/26 - Einrichtung einer Einbahnstraße im Bergmannsring

Herr Plack bringt den Antrag ein und erläutert, dass dieser bereits gestern im Ausschuss für Ordnung und Gefahrenabwehr eingebracht und wohlwollend aufgefasst worden sei.

Die AfD-Fraktion ändert den Antrag folgendermaßen:

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ein Verkehrskonzept für die Straße Bergmannsring, nebst angrenzenden Straßen, zu erstellen und die Einrichtung einer Einbahnstraße im Bergmannsring zu prüfen.

Frau Drechsel erläutert, dass die Straßenverkehrsbehörde dafür zuständig sei. Der Antrag könne zwar gestellt werden, allerdings könne der Stadtrat dies nicht beschließen. Der Antrag sei aber zur Kenntnis genommen worden und werde aktuell rechtlich geprüft. Nach einer ausführlichen fachlichen Prüfung, solle dem Stadtrat eine qualifizierte Antwort gegeben werden.

Herr Dr. Eichner weist darauf hin, dass der Oberbürgermeister bei Beschlussfassung aus rechtlichen Gründen widersprechen müsse.

Herr Müller-Bahr stimmt Herrn Dr. Eichner zu.

Herr Kreisel stellt fest, dass der Antrag als Anregung aufgenommen werde, die Stadtverwaltung werde es entsprechend prüfen und anschließend dem Stadtrat eine Antwort geben. Alle sind einverstanden.

TOP 2.10 Anfragen und Anregungen der Ausschussmitglieder

Herr Kreisel fragt, ob es Anfragen gibt. Dies ist nicht der Fall.

TOP 2.11 Informationen der Stadtverwaltung

Frau Drechsel erläutert, dass geplant sei, die Fläche des Bodenreformdenkmals neu zu gestalten. Dort würden auch die Ersatzmaßnahmen für die Schule und die Baumfällungen zustande kommen. Dazu werde gleich noch eine Präsentation gezeigt.

Sie beantwortet eine Anfrage von Herrn Dr. Eichner zu den Baumersatzpflanzungen am Roßmarkt und erläutert, dass 45 Bäume auf dem aktuellen Gelände und 10 auf dem Gelände des Mehrgenerationshauses gepflanzt wurden. Weiterhin informiert Frau Drechsel, dass ein Waldanbau stattgefunden habe, dies sei eine Ausgleichsmaßnahme aus dem B-Plan M5 in Meuschau. Zuletzt erläutert sie, dass die Brücke im Ulmenweg saniert worden sei.

Herr Herrmann zeigt die aktuellen Stände vom Barfußpfad im Südpark, Nachnutzung der Stadtsilhouette und dem Bodenreformdenkmal anhand einer Präsentation. Diese ist als Anhang beigefügt.

Herr Kreisel fragt, ob es Rückfragen gibt. Er erteilt Herrn Dr. Eichner das Wort.

Herr Dr. Eichner bemerkt, dass man die Alte Heerstraße als Ausgleichsfläche für die Hecke nehmen könnte.

Herr Herrmann erläutert, dass die Verwaltung dies prüfen werde. Allerdings seien die geeigneten Stellen nicht im städtischen Eigentum. An anderen Stellen hätte man bereits Fördermittel erhalten, um Baumfällungen auszugleichen.

Herr Kreisel regt an, die Silhouette als Ausgleichsfläche mit einer Hecke zu umgrenzen.

Herr Herrmann antwortet, dass dies nicht ausreichend sein würde.

Herr Kreisel fragt nach weiteren Fragen oder Anregungen. Er erteilt Herrn Finger das Wort.

Herr Finger bemerkt, dass das Baugebiet Merseburg West zum Teil freigegeben sei. Er fragt, wie der aktuelle Stand in Bezug auf den Straßenausbau sei. Die unerschlossenen Wege würden immer mehr als Fahrwege genutzt werden. Weiterhin fragt er, wie die Bebauung weiter erfolgen solle und wann die Begrünung erfolgen werde.

Herr Herrmann antwortet, dass die Ausgleichsmaßnahmen zum Teil erfolgt seien.

Frau Pfeifer ergänzt, dass mit dem Investor noch einmal gesprochen werde. Die Forderungen seien bereits geäußert worden. Wenn es weitere Informationen dazu gebe, werden diese dem Ausschuss mitgeteilt.

Frau Pfeifer informiert über aktuelle Bewilligungsbescheide anhand einer Präsentation. Diese ist als Anhang beigefügt.

Herr Kreisel fragt, ob das Geld für den Schlossgartensalon ausreichend sei oder ob wir weitere Gelder benötigen würden.

Frau Pfeifer antwortet, dass die Gelder nach aktuellen Schätzungen auskömmlich seien. Allerdings werde damit kein Neubau oder weitere Maßnahmen finanziert, sondern lediglich das Bestandsgebäude erhalten, um die vorgesehene Nutzung umzusetzen.

Herr Kreisel beauftragt die Verwaltung, in der nächsten Sitzung eine kurze Information zum Schlossgartensalon zu geben.

TOP 2.12 Schließung der Sitzung

Herr Kreisel schließt die öffentliche Sitzung um 20.13 Uhr.



Kreisel
Ausschussvorsitzender



Büttner
Protokollantin